



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der  
Europäischen Union

# EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 24/20 • 30.07.2020



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der

Europäischen Union



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

das EU-Parlament diskutierte in einer Sonderplenarsitzung am 23. Juli die Ergebnisse der Verhandlungen der EU-Staats- und Regierungschefs zum EU-Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 sowie zum Wiederaufbauplan zur Bewältigung der Covid-19-Krise.

Die Europaabgeordneten begrüßten in einer EntschlieÙung zwar die Einigung des vorangegangenen EU-Gipfels, forderten aber Nachbesserungen am Ratskompromiss, so unter anderem die Rücknahme von Kürzungen bei Forschung, Klimaschutz, Gesundheit und Migration. Das Maßnahmenpaket benötigt die Billigung des EU-Parlaments, das nun in einem Vermittlungsverfahren Änderungen durchsetzen will. Die Entscheidung fällt voraussichtlich im September.

Damit die EU-Mittel für Wiederaufbau, Strukturfonds und Zukunftsinvestitionen rasch verfügbar sind, ist ein zügiger Abschluss der Verhandlungen nötig. Nur dann ist garantiert, dass die einzelnen Programme mit 1. Januar 2021 starten können, und die Mittel rasch fließen können.

Der nächste EU Wochenspiegel erscheint am 3. September 2020, dann im komplett neuen Design. Wir wünschen bis dahin einen erholsamen Sommer!

Mit besten Grüßen

Daniel Wentzlaff  
Stellvertretender Leiter der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der  
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT  
Wirtschaft

Wirtschaft

Wirtschaft



# Inhaltsverzeichnis

<b><u>Vorwort</u></b> .....	<b>2</b>
<b><u>Aus den Institutionen</u></b> .....	<b>4</b>
• Europäische Kommission sichert EU-Zugang zu Remdesivir für die Behandlung von COVID-19	
• Coronavirus-Krisenreaktion: Die Kapitalmärkte in den Dienst des Aufbaus in Europa stellen	
• EU-Strategie für die Sicherheitsunion: Zusammenführung der Einzelmaßnahmen in einem neuen Sicherheitsökosystem	
• EU-Bericht: Fluggastdaten helfen im Kampf gegen schwere Straftaten	
• Finanzstabilität: Kommission ergreift Maßnahmen gegen Risiken im Zusammenhang mit LIBOR-Einstellung	
<b><u>Aus den Fachbereichen</u></b> .....	<b>8</b>
• Neue Studie: Medienfreiheit und Medienpluralismus	
• Forschungsbericht: Netzsicherheit wandelt sich von technischer Option zur gesellschaftlichen Notwendigkeit	
• Coronavirus: leichter Zugang zu Finanzmitteln für Unternehmen des Kultur- und Kreativsektors	
• Brexit: Ein Ratgeber für Unternehmen und Behörden	
<b><u>Was, wann, wo</u></b> .....	<b>12</b>
• Start der „Europaküche“ am 15. August in Kopenhagen	
• Digital und teilbar: Lern- und Lehrmaterialien mit Experten entwickeln	
• Für mehr Jugendbeteiligung: Europäische Plattform online	
• Konsultation: EU-Kommission holt Meinungen zur Online-Identifizierung ein	
• Konsultation: Kommission veröffentlicht Aufforderung zur Interessenbekundung für innovative Partnerschaften zwischen EU-Regionen im Bereich Krisenreaktions- und Wiederaufbaumaßnahmen	
<b><u>Ausschreibungen</u></b> .....	<b>15</b>
• Regiostars 2020: Abstimmung über die besten EU-geförderten Projekte	
<b><u>Kontaktbörse</u></b> .....	<b>16</b>
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<b><u>Büro intern / Tipp</u></b> .....	<b>19</b>
• Europa-Quiz von GOEUROPE! und dem EDIC Halle	
<b><u>Ihr Kontakt zu uns</u></b> .....	<b>22</b>
<b><u>Impressum</u></b> .....	<b>23</b>



## Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europäische Kommission sichert EU-Zugang zu Remdesivir für die Behandlung von COVID-19

Am 28. Juli hat die Europäische Kommission einen Vertrag mit dem Pharmaunternehmen Gilead unterzeichnet, um Behandlungsdosen von Veklury, dem Markennamen für Remdesivir, zu sichern. Veklury war das erste auf EU-Ebene zugelassene Arzneimittel zur Behandlung von COVID-19. Um den unmittelbaren Bedarf zu decken, werden die Veklury-Chargen ab Anfang August den Mitgliedstaaten und dem Vereinigten Königreich mit der Koordinierung und Unterstützung der Kommission zur Verfügung gestellt.

Das Soforthilfeinstrument der Kommission wird den Vertrag mit einem Gesamtvolumen von 63 Mio. EUR finanzieren. Dadurch wird die Behandlung von etwa 30.000 Patienten mit schweren COVID-19-Symptomen gewährleistet. Dies wird dazu beitragen, den derzeitigen Bedarf in den nächsten Monaten zu decken und gleichzeitig eine gerechte Verteilung auf EU-Ebene auf der Grundlage eines Zuteilungsschlüssels unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten zu gewährleisten. Die Kommission bereitet nun auch eine gemeinsame Beschaffung für weitere Lieferungen des Arzneimittels vor, die voraussichtlich ab Oktober den zusätzlichen Bedarf und die zusätzlichen Lieferungen decken wird. fs Übersetzung Quelle: PM KOM

4

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

### Coronavirus-Krisenreaktion: Die Kapitalmärkte in den Dienst des Aufbaus in Europa stellen

Die Europäische Kommission hat am 24. Juli ein Maßnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte verabschiedet, das Teil ihrer umfassenden Strategie zur Bewältigung der COVID-19-Krise ist. Am 28. April hatte die Kommission bereits ein [Bankenpaket](#) vorgeschlagen, um die Kreditvergabe von Banken an Haushalte und Unternehmen in der gesamten EU zu erleichtern.



© Europäische Kommission

Dank der beschlossenen Maßnahmen sollen europäische Unternehmen bei der Überwindung der Krise auf einfachere Weise durch die Kapitalmärkte unterstützt werden können. In dem Paket sind gezielte Änderungen der Kapitalmarktvorschriften vorgesehen, die Investitionen in die Wirtschaft ankurbeln, eine rasche Rekapitalisierung von Unternehmen ermöglichen und die Fähigkeit der Banken zur Finanzierung der Erholung erhöhen werden.

Das Paket enthält gezielte Anpassungen der Prospektverordnung, der MiFID II (2. Finanzmarktrichtlinie) und der Verbriefungsvorschriften. Alle Änderungen stehen im Mittelpunkt des Projekts der Kapitalmarktunion, das auf eine bessere Integration der nationalen Kapitalmärkte und die Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs zu Investitionen und Finanzierungsmöglichkeiten in der gesamten EU abzielt. • fs Quelle: PM KOM

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten](#)

## EU-Strategie für die Sicherheitsunion: Zusammenführung der Einzelmaßnahmen in einem neuen Sicherheitsökosystem

Die Europäische Kommission stellte am 24. Juli eine neue EU-Strategie für die Sicherheitsunion für den Zeitraum 2020 bis 2025 vor. Der Schwerpunkt liegt auf den Bereichen, in denen die EU den Mitgliedstaaten bei der Förderung der Sicherheit aller Menschen in Europa wertvolle Unterstützung leisten kann. In der Strategie werden die Instrumente und Maßnahmen dargelegt, die in den nächsten fünf Jahren zu entwickeln sind, um die Sicherheit in unserem physischen und digitalen Umfeld zu gewährleisten; das Spektrum reicht dabei von der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität über die Prävention und Aufdeckung hybrider Bedrohungen sowie die Stärkung der Widerstandsfähigkeit unserer kritischen Infrastruktur bis zur Erhöhung der Cybersicherheit und der Förderung von Forschung und Innovation. • fs Quelle: PM KOM

In dieser Strategie werden vier strategische Prioritäten für Maßnahmen auf EU-Ebene festgelegt:



© Europäische Kommission



Weitere Informationen:

[Mitteilung](#) über die EU-Strategie für die Sicherheitsunion

[Fragen und Antworten](#): Umsetzung einer Sicherheitsunion:

[Pressemitteilung](#): Umsetzung einer Sicherheitsunion: Initiativen zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern, von Drogen und illegalen Schusswaffen

[Sicherheitsunion – Website der Kommission](#)

## EU-Bericht: Fluggastdaten helfen im Kampf gegen schwere Straftaten

Die Verarbeitung von Fluggastdaten (Passenger Name Records, PNR) zeigt im Kampf der EU gegen Terrorismus und schwere Straftaten wie Drogenhandel, Menschenhandel, sexuellen Kindesmissbrauch, Kindesentführung und organisierte Kriminalität Wirkung. Zu diesem Ergebnis kommt der Bericht, den die EU-Kommission am 24. Juli vorgelegt hat. Die Richtlinie über Fluggastdatensätze (PNR) wird seit zwei Jahren EU-weit angewendet.

Der Bericht zeigt auch, dass sich die nationalen Behörden verpflichtet haben, die strengen Datenschutzgarantien der Richtlinie einzuhalten und diese in die Praxis umzusetzen. Die meisten Mitgliedstaaten haben voll funktionsfähige Informationsstellen eingerichtet, die die PNR-Daten erheben und verarbeiten.

Die Richtlinie regelt, wie EU-Mitgliedstaaten die Fluggastdatensätze erheben und verarbeiten. Diese Daten setzen sich aus den Informationen zusammen, die von den Fluggästen bereitgestellt und von den Fluggesellschaften im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit gesammelt werden. Sie werden an die Mitgliedstaaten übermittelt, um terroristische Straftaten und schwere Kriminalität zu verhüten, aufzudecken, zu ermitteln und zu verfolgen. Die Kommission wird die Umsetzung der Richtlinie über Fluggastdatensätze weiterhin überwachen und eng mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass alle in der Überprüfung ermittelten Fragen und Herausforderungen gebührend berücksichtigt werden, damit der PNR-Mechanismus der EU unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte noch effizienter wird.

Der Überprüfungsbericht wird nun dem Europäischen Parlament und dem Rat vorgelegt. • fs  
Quelle: PM KOM

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Finanzstabilität: Kommission ergreift Maßnahmen gegen Risiken im Zusammenhang mit LIBOR-Einstellung

Die Europäische Kommission hat am 24. Juli vorgeschlagen, die EU-Vorschriften über finanzielle Referenzwerte zu ändern. Mit diesem Vorschlag soll sichergestellt werden, dass es bei Einstellung eines weithin verwendeten Referenzwerts wie in diesem Fall weder zu



Störungen der Wirtschaft noch zu Beeinträchtigungen der Finanzstabilität in der EU kommt. Referenzwerte sind untrennbar mit den Finanzmärkten verbunden: Diese Indizes werden zur Bepreisung von Finanzinstrumenten und Verträgen (einschließlich Hypothekarkreditverträgen privater Haushalte) oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet.

Die Einstellung eines weithin verwendeten Referenzwerts ist zu einem realistischen Szenario geworden, da die britische Financial Conduct Authority – die Aufsichtsbehörde für den London Interbank Offered Rate (LIBOR) – angekündigt hat, dass sie diesen Referenzwert ab Ende 2021 nicht mehr unterstützen wird, und davon ausgeht, dass er kurz danach eingestellt wird. In der [Verordnung über Referenzwerte](#) werden der Aufsicht für bestimmte weithin verwendete Referenzwerte Befugnisse zur Verhinderung der plötzlichen Einstellung übertragen. Für eine etwaige Einstellung eines kritischen Referenzwerts sind darin jedoch keine Regelungen getroffen. In diesem Fall sind die Banken in der EU bei ihrer eigenen Kreditaufnahme, bei der Kreditvergabe an Unternehmen und bei Hypotheken für Wohnimmobilien besonders stark vom LIBOR abhängig. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



## Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Neue Studie: Medienfreiheit und Medienpluralismus

Medienfreiheit und Medienpluralismus sind in allen 27 Mitgliedstaaten, Großbritannien, Albanien und der Türkei weiterhin in Gefahr - und die Bedrohung nimmt zu. Zu diesem Ergebnis kommt eine unabhängige Studie, die das Zentrum für Medienpluralismus und Medienfreiheit am 23. Juli veröffentlicht hat. „Wir müssen Journalisten besser schützen und für mehr Transparenz und Fairness in der Online-Welt sorgen, insbesondere im Zusammenhang mit politischen Kampagnen“, forderte die Vizepräsidentin der EU-Kommission für Werte und Transparenz, Věra Jourová. „Wir müssen auch den Mediensektor unterstützen, der von der COVID-19-Krise schwer getroffen wurde, dabei aber seine Unabhängigkeit respektieren. Die Kommission kann diesen Kampf nicht allein gewinnen: Ich verlasse mich darauf, dass die Mitgliedstaaten helfen, diesen Trend umzukehren.“ Diese Studie sei ein Weckruf, so Jourová.

Die Studie befasst sich mit physischen und digitalen Bedrohungen und Angriffen auf Journalisten, mit ihren Arbeitsbedingungen, aber auch mit Fragen wie Marktpluralismus, politischer Unabhängigkeit und sozialer Teilhabe.

Die Ergebnisse der Studie sind eine wichtige Quelle für den ersten Rechtsstaatlichkeitsbericht, der für September geplant ist und sich speziell mit dem Medienpluralismus befassen wird. Sie werden auch in den Europäischen Aktionsplan für Demokratie ([öffentliche Konsultation](#)), den Aktionsplan für Medien und audiovisuelle Medien und das Gesetz über digitale Dienste, Digital Services Act, ([öffentliche Konsultation](#)) einfließen, die alle im Laufe dieses Jahres vorgelegt werden sollen.

Der Medienpluralismus-Monitor wird von der EU kofinanziert und ist Teil einer Reihe von [Projekten, die Medienpluralismus und -freiheit](#) unterstützen.

Darüber hinaus hat die Kommission auch eine Studie über die missbräuchliche Anwendung von Klagen, um Kritiker einzuschüchtern und öffentliche Kritik zu unterbinden (SLAPPs, Strategic Lawsuits Against Public Participation, Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung) vorgelegt, die die Arbeit von Journalisten bedrohen. Diese Studie und die Beiträge, die zu den SLAPPs im Rahmen der öffentlichen Konsultation zum Europäischen Aktionsplan für Demokratie eingereicht werden, tragen dazu bei, die Maßnahmen der Kommission in diesem Bereich vorzubereiten. • *ah Quelle: PM Vertretung KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung Vertretung KOM](#)

[Studie des Zentrums für Medienpluralismus und Medienfreiheit](#)

[Studie zu den SLAPPs/ Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung](#)





## Forschungsbericht: Netzsicherheit wandelt sich von technischer Option zur gesellschaftlichen Notwendigkeit

Die von Cyberkriminalität verursachten Kosten könnten sich weltweit bis Ende 2020 auf 5,5 Billionen Euro belaufen. Das ist ein steiler Anstieg gegenüber 2,7 Bio. Euro im Jahr 2015 und wäre der größte Transfer von Wirtschaftsvermögen in der Geschichte. Cyberkriminalität wäre dann profitabler als der globale Drogenhandel. Dies geht aus einem Bericht vom 27. Juli von der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) der Kommission vorgestellten Bericht [Cybersecurity - Our Digital Anchor](#) hervor.



Der Bericht informiert zur Entwicklung der Cybersicherheit in den letzten 40 Jahren und zeigt Schwachstellen in der aktuellen digitalen Entwicklung und mögliche Handlungsfelder für Politik, Unternehmen und Bürger auf.

Der Bericht fordert einen Paradigmenwechsel in der Art und Weise, wie Netzsicherheit gestaltet und eingesetzt wird. Sie muss proaktiver gestaltet und besser mit den Bedürfnissen der Gesellschaft verknüpft werden. Da Daten das Lebenselixier der digitalen Gesellschaft sind, müssen digitale Dienste sicher und zuverlässig funktionieren und gleichzeitig die Privatsphäre und den Datenschutz der Bürger garantieren. Daher entwickelt sich die Netzsicherheit von einer technologischen „Option“ zu einem gesellschaftlichen Muss.

Eine gesellschaftsübergreifende Netzsicherheitsstrategie muss in allen Schichten der europäischen Gesellschaft umgesetzt werden. Sie sollte nicht nur die technologischen Aspekte, sondern auch die gesellschaftlichen Dimensionen des „cybersicheren Verhaltens“ umfassen. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Coronavirus: leichter Zugang zu Finanzmitteln für Unternehmen des Kultur- und Kreativsektors

Am 29. Juli haben die Kommission und der Europäische Investitionsfonds (EIF) neue Unterstützungsmaßnahmen für Kultur- und Kreativunternehmen eingeleitet, um den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern. Der EIF wird den Finanzintermediären mehr Flexibilität bei den Garantien und Rückbürgschaften gewähren, um letztlich die durch die Coronavirus-Krise verursachten wirtschaftlichen Zwänge zu mildern. Konkret werden Unternehmen



beispielsweise von Verlängerungen von Rückzahlungsfristen oder vorübergehenden Kreditunterbrechungen profitieren. Dies wird verschiedenen Kreativbranchen zugutekommen, darunter Nachrichtenmedien, audiovisuelle Medien, Design, bildende Kunst, Musik, Teilsektoren der Architektur.

Dies wird im Rahmen der bestehenden Garantiefazilität für den Kultur- und Kreativsektor in Höhe von 251 Mio. EUR über eine neue Aufforderung geschehen. Sie wird den bestehenden Finanzintermediären, die bereits mit dem Europäischen Investitionsfonds zusammenarbeiten, sowie den neuen Begünstigten zugutekommen. Die Überarbeitung dieses Finanzinstruments - das bereits mehr als 2.000 Unternehmen des Kultur- und Kreativsektors in ganz Europa unterstützt hat - wird den Zugang zu Finanzmitteln für KMU und kleine öffentliche Unternehmen in diesem Sektor weiter verbessern, indem Anreize für Finanzintermediäre geschaffen werden, flexiblere Bedingungen für Darlehen bereitzustellen. Weitere Informationen in der Pressemitteilung. • *fs Übersetzung Quelle: Daily News KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Brexit: Ein Ratgeber für Unternehmen und Behörden

Die Aussichten für ein neues Partnerschaftsabkommen der EU mit dem Vereinigten Königreich zum 1. Januar 2021 sind zunehmend ungewiss. Nach der 6. Verhandlungsrunde über die künftigen Beziehungen hat sich EU-Chefunterhändler Michel Barnier am 23. Juli in London skeptisch geäußert.



10

Da das Vereinigte Königreich sich weigere, sich zu Bedingungen für einen fairen Wettbewerb und zu einem ausgewogenen Fischereiabkommen zu verpflichten, sei ein rechtzeitiger Abschluss eines Handelsabkommens zum Ende der Übergangsfrist Ende 2020 derzeit unwahrscheinlich, sagte Barnier. Dennoch werde die EU mit den britischen Partnern weiter nach Lösungen suchen.

Die nächste Verhandlungsrunde ist für Mitte August geplant. Bis Oktober muss eine Vereinbarung stehen, um von beiden Seiten noch rechtzeitig vor dem Ende der Übergangsfrist ratifiziert werden zu können.

Der Europäische Rat hat in den Beratungen über den mehrjährigen Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 vom 17.-21. Juli einen Brexit-Sonderfonds von 5 Mrd. Euro vereinbart, um „unvorhergesehenen und nachteiligen Auswirkungen in den am schwersten betroffenen Mitgliedstaaten und Sektoren zu begegnen“. Zugleich legte die EU-Kommission einen



Leitfaden für Firmen und Behörden vor, um sich auf rechtliche Änderungen nach dem Ende der Übergangszeit am 31. Dezember dieses Jahres einzustellen.

Das Vereinigte Königreich hat die EU zum 31. Januar 2020 verlassen, sich dabei aber verpflichtet, bis zum Jahresende die Bestimmungen des europäischen Binnenmarktes und der gemeinsamen Zollunion zu erfüllen. Unabhängig vom Ausgang der Gespräche über die künftigen Beziehungen ergeben sich aber mit Ablauf der Übergangsfrist eine Reihe rechtlicher Änderungen für Unternehmen und Behörden in der EU. „Öffentliche Verwaltungen, Unternehmen, Bürger und Interessenträger werden von der Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die EU zu verlassen, betroffen sein“, sagte Michel Barnier.

Der von der Kommission herausgegebene Ratgeber „Bereit für Veränderungen“ gibt einen nach verschiedenen Bereichen gegliederten Überblick über die wichtigsten Neuerungen. Er enthält darüber hinaus Hinweise zu entsprechenden Vorkehrungen, die die Behörden der Mitgliedstaaten, Unternehmen sowie Bürger/innen treffen sollten, um auf die anstehenden Veränderungen vorbereitet zu sein. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



## Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

### Start der „Europaküche“ am 15. August in Kopenhagen



© Bundesregierung

Elf Künstler/innen aus ganz Europa organisieren im August und Dezember 2020 Begegnungen in privaten und öffentlichen Küchen in elf europäischen Städten. Das Projekt „Europaküche“ des Goethe-Instituts ist Teil des Kulturprogramms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Im Rahmen des Kulturprogramms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zeigt das Projekt „Europaküche“ des Goethe-Instituts die Vielfalt Europas und stärkt den Austausch in Europa. Bürger/innen aus ganz Europa können teilnehmen. Am 15. August geht es los: Die portugiesische Künstlerin Partícia Portela organisiert die erste Europaküche in Kopenhagen. Die Küche steht wie kein anderer Ort für Gemeinschaft und Begegnung, Geborgenheit und lebhaft Debatten. Nicht zuletzt ist sie in Ländern mit eingeschränkter Meinungsfreiheit ein Schutzraum der freien Rede. Während der Corona-Pandemie hat die Küche noch weitere Bedeutungen erhalten – sie ist nicht mehr nur Ort des Zusammenkommens, sondern gleichzeitig auch Arbeitsplatz und Klassenzimmer.

Im Projekt „Europaküche“ wird die Küche nun zu Metapher und Plattform für einen kulturellen und europaweiten Dialog über Grenzen hinweg. Elf Künstler/innen verschiedenster Disziplinen, die in Europa leben und arbeiten, organisieren in einer anderen als ihrer Heimatstadt eine Veranstaltung, die ausgeht von der Idee des Küchengesprächs – sei es in Küchen privater Gastgeberinnen und Gastgeber oder coronabedingt in öffentlichen Räumen. Alle Abende stoßen perspektivreiche Auseinandersetzungen mit aktuellen, europaweit relevanten Themen an. Auch grundsätzliche Fragen dazu, was Europa ist, wer willkommen ist, wer nicht und unter welchen Umständen, werden in kleiner Runde thematisiert und in künstlerischen Formaten wie Lesungen, Konzerten, partizipativen Performances oder einfach einer guten Diskussion gemeinsam erlebbar.

Die Begegnungen und Diskussionen an den verschiedenen Standorten werden auch im digitalen Raum erlebbar sein. Neben lokalen Open Calls und online-Angeboten werden alle europäischen Küchen-Zusammenkünfte zu einer Serie von kurzen Videos verdichtet und von drei Bloggern/innen begleitet. • *fs Quelle: PM EU2020*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



## Digital und teilbar: Lern- und Lehrmaterialien mit Experten entwickeln

Die nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung „Bildung für Europa“ veranstaltet vom 15. bis 16. September 2020 in Grünwald bei München eine offene Werkstatt, bei der Interessenten ihre Ideen für kostenlose, frei verfügbare Bildungsmaterialien – „Open Educational Resources (OER)“ – zusammen mit Experten entwickeln, ausprobieren und umsetzen können.

Im Mittelpunkt steht die praktische Arbeit an eigenen OER-Materialien. Teilnehmer aus allen Bildungsbereichen können gemeinsam Lehr-Lern-Materialien erarbeiten. Diese können verschiedenste Formen haben wie Arbeitsblätter, Videos, Podcasts, Online-Übungen etc. Neben der OER-Werkstatt werden auch eine Reihe von zusätzlichen Workshops und Tutorials angeboten, die die praktische Arbeit unterstützen und Hilfestellung geben sollen. Die Anmeldefrist läuft bis zum 10. September 2020. • *ah Quelle: EU-Nachrichten KOM*

[Zur Anmeldung](#)

## Für mehr Jugendbeteiligung: Europäische Plattform online

Die Plattform „Participation Resource Pool“ des europäischen Jugendnetzwerkes SALTO informiert über aktuelle Trends in der Jugendbeteiligung und der Medien- und Informationskompetenz. Kostenlos bereitgestellt werden Schulungsmaterialien, Trainingsangebote, Studien und Best-Practice-Beispiele, die sich mit digitaler Bildung, Menschenrechten sowie Umgang mit Desinformation, Fake-News und Hassreden befassen. Die Plattform richtet sich an Trainer, Jugendarbeiter, Pädagogen und an alle anderen in der Jugendarbeit tätigen Personen. Ziel ist es, das Verständnis unterschiedlicher Teilhabemöglichkeiten für junge Menschen sowie kritisches Denken und Medienkompetenzen zu fördern. So soll die Qualität der Jugendbeteiligung verbessert werden. In Deutschland beteiligt sich die nationale Agentur JUGEND für Europa an dem Projekt. • *ah Quelle: EU-Nachrichten KOM*

[EU-Plattform zur Jugendbeteiligung](#)

## Konsultation: EU-Kommission holt Meinungen zur Online-Identifizierung ein

Die EU-Kommission will Bürgern/innen sowie Unternehmen in der ganzen EU den Zugang zu öffentlichen Diensten erleichtern. Dazu wird sie die Vorschriften über elektronische Identifizierungs- und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt, die sogenannte eIDAS-Verordnung, überarbeiten und hat am 24. Juli eine öffentliche Konsultation gestartet. Bürger/innen, Unternehmen und alle Interessierten sind gebeten, bis zum 2. Oktober 2020 ihre Beiträge einzureichen.



Die Revision zielt darauf ab, ihre Wirksamkeit der eIDAS-Verordnung zu verbessern, ihre Vorteile auf den privaten Sektor auszudehnen und vertrauenswürdige digitale Identitäten für alle Europäer zu fördern.

Die Evaluierung wird die technologischen und politischen Entwicklungen berücksichtigen, wie zum Beispiel die zunehmende Abhängigkeit von Online-Geschäften. Die öffentliche Konsultation läuft bis 2. Oktober 2020. Parallel dazu werden gezielte Konsultationen mit ausgewählten Interessengruppen durchgeführt. • *fs Quelle: PM KOM*

### [Zur Konsultation](#)

## **Konsultation: Kommission veröffentlicht Aufforderung zur Interessenbekundung für innovative Partnerschaften zwischen EU-Regionen im Bereich Krisenreaktions- und Wiederaufbaumaßnahmen**

Die Europäische Kommission veröffentlicht am 27. Juli eine [Aufforderung zur Interessenbekundung für thematische Partnerschaften zur Erprobung interregionaler Innovationsprojekte, die Krisenreaktions- und Wiederaufbaumaßnahmen im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie unterstützen](#). Ziel der Aufforderung ist es, den Regionen dabei zu helfen, die Chancen der Krise zu nutzen, Resilienz zu entwickeln und auf dem ökologischen und digitalen Wandel aufzubauen, um die wirtschaftliche Erholung der am stärksten betroffenen Sektoren wie Gesundheit und Tourismus zu fördern.

Im Rahmen dieser Aufforderung ersucht die Europäische Kommission um Interessenbekundungen von transnationalen Partnerschaften regionaler Behörden und anderer Interessenträger wie Universitäten, Forschungszentren, Clustern und KMU, die bereit sind, interregionale Innovationspartnerschaften zu erproben, um die Vermarktung und den Ausbau interregionaler Innovationsprojekte zu erleichtern und Geschäftsinvestitionen zu unterstützen.

Bis Ende 2021 sollte jede ausgewählte Partnerschaft eine Reihe von Maßnahmen festgelegt haben, um die Innovationsübernahme, die Vermarktung und den Ausbau interregionaler Investitionsprojekte zu beschleunigen. Die ausgewählten Partnerschaften sollten auch die finanziellen und rechtlichen Hindernisse für die Vermarktung und den Ausbau analysiert und die Zusammenarbeit mit anderen EU-Programmen und -Initiativen weiterentwickelt haben. Darüber hinaus müssen die ausgewählten Maßnahmen eine Zusammenarbeit mit bestehenden Partnerschaften in anderen von den drei thematischen Plattformen für intelligente Spezialisierung abgedeckten Bereichen beinhalten. • *fs Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



## Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Regiostars 2020: Abstimmung über die besten EU-geförderten Projekte



© Europäische Kommission

Die Europäische Kommission hat die 25 Finalisten des Wettbewerbs „RegioStars 2020“ für die besten Projekte im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik bekanntgegeben. Bis zum 15. September kann abgestimmt werden. Unter den Finalisten sind auch einige deutsche Projekte, wie der Bürgerbahnhof Plagwitz in Leipzig, das Berliner Projekt „HIGH FIVE! Jugendrechte im quartier“ oder das deutsch-tschechische Projekt „Dem Klima auf der Spur“. Die Gewinner werden am 14. Oktober 2020 während der Europäischen Woche der Regionen und Städte in Brüssel bekanntgegeben.

• *ah Quelle: EU-Nachrichten KOM*

Weitere Informationen: [Wettbewerb RegioStars 2020](#)



# Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)



Wir stehen Unternehmen zur Seite

## Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Gesuch Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung/Stichworte
<b>Forschungsgesuch</b>  Frankreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: <a href="mailto:erichson@magdeburg.ihk.de">erichson@magdeburg.ihk.de</a>	<b>Industriepartner für epigenetische Therapie bei intrazellulären Infektionen gesucht</b>  Ein bekanntes französisches Institut wird ein europäisches Ausbildungsnetzwerk koordinieren, das sich der Wiederverwendung epigenetischer Säugetier-(Krebs-)/Verbindungen für die antimikrobielle Therapie widmet. Um diesem Projekt der Europäischen Kommission gerecht zu werden, wird ein Industriepartner gesucht. Im Idealfall wird es sich bei dem Partner um ein KMU mit Fachkenntnissen in den Bereichen Chemie, Arzneimittelprofilierung, präklinische Tests und epigenetische Analyse handeln.  Nähere Informationen finden Sie <a href="#">hier</a> .  Referenznummer: RDFR20200722001
<b>Forschungsgesuch</b>  Eureka  Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: <a href="mailto:erichson@magdeburg.ihk.de">erichson@magdeburg.ihk.de</a>	<b>Partner für die Entwicklung neuartiger Immuntherapien gegen COVID19 auf der Grundlage chimärer virusähnlicher Partikel gesucht</b>  Ein spanisches KMU ist auf der Suche nach einem Partner, der das Screening und die Auswahl von COVID19-Antigenen zur Entwicklung von Prototypen gegen COVID19 unterstützen könnte. Das Unternehmen verfügt über eine bewährte





		<p>Plattformtechnologie von Chimären virusähnlichen Partikeln, die ausgewählte Antigene anzeigen würden, um starke Immunantworten beim Menschen hervorzurufen. Gesucht werden Unternehmen, Forschungseinrichtungen oder Universitäten mit Erfahrung im Bereich Gesundheitsforschung. Diese sollten sich auf Folgendes spezialisiert haben:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Die Immunologie von COVID19: Sie sollten in der Lage sein, das Design bei der Auswahl der immunogensten Epitope zu leiten.</li><li>• Die präklinischen Proof-of-Concept-Experimente mit den generierten Prototypen: Design, Durchführung und Analyse der Ergebnisse.</li></ul> <p>Nähere Informationen finden Sie <a href="#">hier</a>.</p> <p>Referenznummer: RDES20200605001</p>
<b>Technologiesuch</b>  Italien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: <a href="mailto:erichson@magdeburg.ihk.de">erichson@magdeburg.ihk.de</a>	<b>Italienisches KMU sucht Partner im Bereich vakuumverpackter Lebensmittel</b>  Ein italienisches KMU mit Sitz im Nordwesten Italiens, das sich auf Materialtechnik spezialisiert hat, sucht Partner, um einen innovativen visuellen Sensoraufkleber zu testen und zu validieren, der in der Lage ist, vakuumverpackte Lebensmittel zu konservieren und ihre Frische zu überprüfen. Das Unternehmen ist bereit, eine Technologie-Kooperationsvereinbarung zu schließen. Mögliche Partner sind: <ul style="list-style-type: none"><li>• Agrofood-Herstellerfirmen, die ihre Produkte in Vakuumverpackung verkaufen, d.h. Hersteller von Kaffee, frischen Teigwaren, frischem Gemüse, Trockenfrüchten, Reis, Fleisch usw.</li><li>• Unternehmen, die Vakuumverpackungsmaschinen für</li></ul>

17



		<p>Lebensmittel herstellen und daran interessiert sind, den visuellen Sensoraufkleber in ihr Angebot an den Endkunden aufzunehmen.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie <a href="#">hier</a>.</p> <p>Referenznummer: TRIT20200702001</p>
<b>Technologiesuch</b>  Ukraine	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt  Sven Erichson Tel. 0391/5693 148 E-Mail: <a href="mailto:erichson@magdeburg.ihk.de">erichson@magdeburg.ihk.de</a>	<b>Ukrainisches Unternehmen sucht Technologie für Biomasse-Kraftwerke</b>  Ein ukrainisches Unternehmen im Bereich der alternativen Energien sucht die beste Technologie für den Betrieb eines Biomassekraftwerks. Gesucht werden insbesondere Entwickler von Biomassekraftwerks-Betriebstechnologie und Konstrukteure solcher Anlagen. Das Kraftwerk muss mit einer breiten Palette von Biomasse betrieben werden: Holzhackschnitzel, landwirtschaftliche Abfälle, Haushaltsabfälle, Torf und andere. Die Technologie muss modern und rentabel sein. Das Unternehmen bietet an, ein Abkommen über technische Zusammenarbeit zu schließen, um den <a href="#">ESCO</a> -Markt weiterzuentwickeln.  Nähere Informationen finden Sie <a href="#">hier</a> .  Referenznummer: TRUA20200605001

18

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter [https://twitter.com/EEN\\_LSA?lang=de](https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de)



## Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europa-Quiz von GOEUROPE! und dem EDIC Halle

Jede Woche finden Sie an dieser Stelle ein Quiz zu aktuellen europäischen Themen. Erproben Sie ihr Europa-Wissen und erfahren Sie mehr! Verantwortlich für die wöchentlich neuen spannenden und teils kuriosen Fragen sind GOEUROPE! sowie das EDIC Halle:



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt ([www.goeurope-lsa.de](http://www.goeurope-lsa.de)).

Das EUROPE DIRECT Informationszentrum Sachsen-Anhalt/Halle (EDIC Halle) ist Ansprechpartner für alle Bürger/innen in Sachsen-Anhalt bei Fragen zur EU und organisiert darüber hinaus verschiedene thematische Veranstaltungen ([www.europedirect-halle.de](http://www.europedirect-halle.de)).



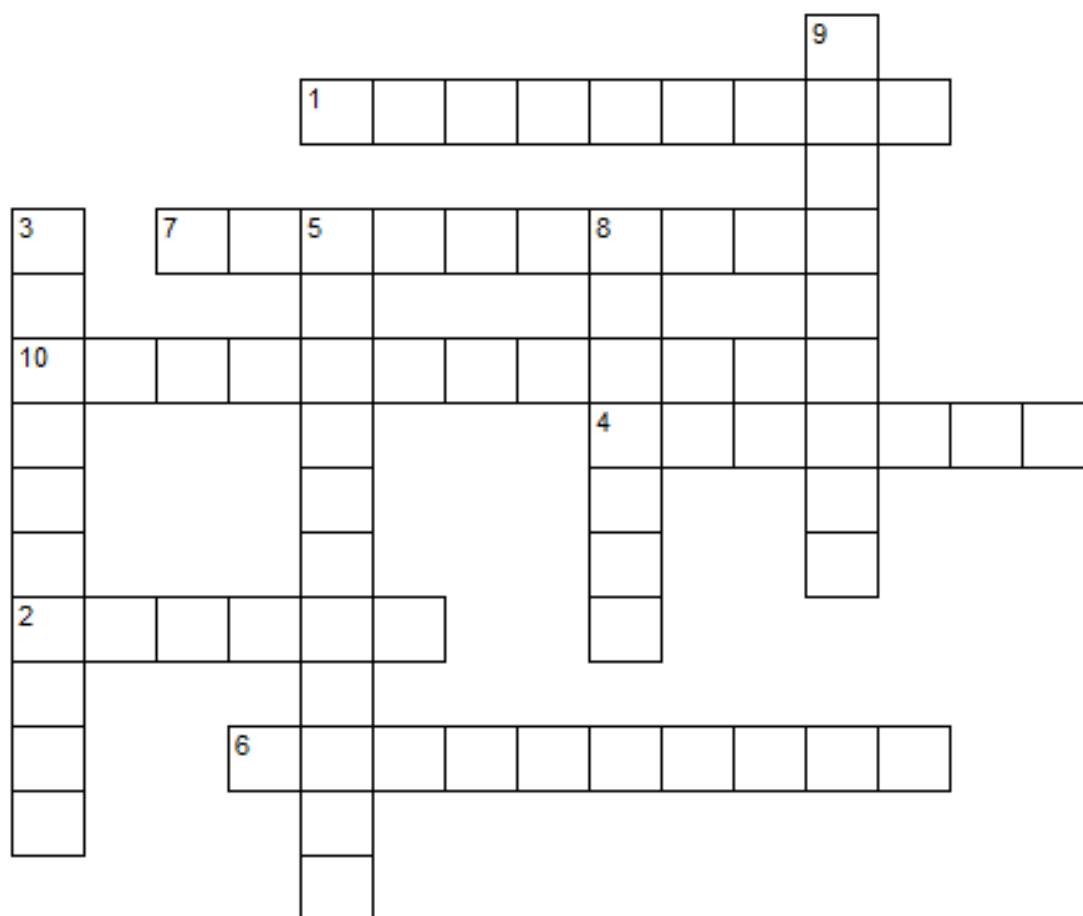
Das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt / Halle wünscht Ihnen eine schöne und erholsame Ferienzeit! Bei Fragen rund um die Europäische Union sind wir natürlich weiterhin unter [info@europedirect-halle.de](mailto:info@europedirect-halle.de) für Sie erreichbar.



## Und nun viel Spaß beim Lösen der Quizfragen dieser Woche!

Passend zur anstehenden Sommerpause erwartet Sie in dieser Woche ein Kreuzworträtsel, in dem Sie ihr Wissen zu den Institutionen der Europäischen Union testen können. Umlaute werden folgendermaßen geschrieben: AE, OE und UE.

1. In welcher Hauptstadt hat der Europäische Gerichtshof seinen Sitz?
2. Wie heißt der derzeitige Präsident des Europäischen Rates mit Nachnamen?
3. Welchen Namen trägt das Gebäude des Hauptsitzes der Europäischen Kommission in Brüssel?
4. Wie heißt der einzige EU-Parlamentsabgeordnete aus Sachsen-Anhalt mit Nachnamen?
5. Wie wird der Rat der Europäischen Union auch genannt?
6. In welchem Land wurde die Präsidentin der Europäischen Zentralbank geboren?
7. Welche europäische Institution wird auch „Hüterin der Verträge“ genannt?
8. Wie heißt der Präsident des EU-Parlaments mit Nachnamen?
9. In welcher Stadt hat die Europäische Zentralbank ihren Sitz?
10. Welche europäische Instanz kontrolliert, ob alle Einnahmen und Ausgaben der EU rechtmäßig und ordnungsgemäß sind?





Lösungen:

1. Der Europäische Gerichtshof mit Sitz in **Luxemburg** ist das oberste rechtsprechende Organ der Europäischen Union.
2. Seit Dezember 2019 ist der belgische Politiker Charles **Michel** Präsident des Europäischen Rates.
3. Das **Berlaymont**-Gebäude im Brüsseler Europaviertel ist der Sitz der Europäischen Kommission. Der Name stammt von einem Frauenkloster des Augustinerordens, das früher auf dem Gelände des heutigen Bürogebäudes untergebracht war.
4. Sven **Schulze** ist seit 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments und seit 2019 der einzige Europaabgeordnete aus Sachsen-Anhalt.
5. Im Rat der Europäischen Union, auch Rat oder **Ministerrat** genannt, sitzen die jeweiligen Minister\*innen der nationalen Regierungen der Mitgliedsstaaten.
6. Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank, wurde 1956 in **Frankreich** geboren.
7. Eine Aufgabe der Europäischen **Kommission** ist, unter Aufsicht des Europäischen Gerichtshofs, die Überwachung der Einhaltung des EU-Rechts – diese Arbeit verschaffte ihr den Namen „Hüterin der Verträge“.
8. Der Italiener David-Maria **Sassoli** ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und seit Juli 2019 Präsident des Europaparlaments.
9. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren Sitz in der Finanzstadt **Frankfurt** am Main.
10. Der Europäische **Rechnungshof** vertritt als unabhängige externe Rechnungsprüfungsstelle der EU die Interessen der Steuerzahler\*innen aller EU-Mitgliedsstaaten.



## Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt  
bei der Europäischen Union  
80, Boulevard Saint Michel  
B – 1040 Brüssel  
Belgien

E-Mail-Adresse

[sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+32 2 741 09 39

## Ihre Ansprechpartner/innen

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	<a href="#">E-Mail</a>
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	<a href="#">E-Mail</a>
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	<a href="#">E-Mail</a>
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	<a href="#">E-Mail</a>
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	<a href="#">E-Mail</a>
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	<a href="#">E-Mail</a>
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	<a href="#">E-Mail</a>
Florentine Stäuber (FS)	ÖA, Veranstaltungen, Besuchergruppen	...32	<a href="#">E-Mail</a>
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	<a href="#">E-Mail</a>
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat	...31	<a href="#">E-Mail</a>

[Zurück zur Übersicht](#)



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

## Impressum

### Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der  
Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

### Verantwortliche Redakteurin

Florentine Stäuber

### Fotos

Florentine Stäuber, sofern nicht anders angegeben  
oder Quelle: Internet

### Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.  
Dieser Newsletter wird im Rahmen der  
Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-  
Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien  
noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes  
zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.  
Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer  
bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht  
in einer Weise verwendet werden, die als  
Parteinahme der Landesregierung zugunsten  
einzelner Gruppen verstanden werden könnte.



SACHSEN-ANHALT

Wahlkampf

